

Die Salzburger Gemeinde



Informationen aus dem Salzburger Gemeindeverband



Kinderbetreuung
Der Hut brennt

Duett Kommunal/RTS
Bürgermeisteramt im Kameralicht

Volksbegehren
Wen kümmern die Gemeinden?



Salzburger
Gemeindeverband



Blickwinkel

Für die große Politik
nicht wichtig genug

Wenn Sie diese Ausgabe der „Salzburger Gemeinde“ in der Hand halten, ist die Hälfte des Jahres 2022 schon fast vorbei, die Sommerferien für die knapp 65.000 Schüler/innen stehen vor der Tür. Was vor dem Sommer nicht vorbereitet wurde, kann im Herbst kaum gelingen, dies gilt insbesondere für den Schulbetrieb. Als Schulerhalter bemühen wir uns ganz besonders, unseren Schüler/innen sowie den Pädagog/inn/en das bestmögliche Umfeld fürs Lernen, Lehren und das Erleben der Schulgemeinschaft zu bieten. Dazu nehmen die Salzburger Gemeinden Jahr für Jahr einen mehrstelligen Millionenbetrag in die Hand und sie tun dies mit der Überzeugung, dass es kaum nachhaltigere und wichtigere Zukunftsinvestitionen als die in Kinder, Jugendliche und Bildung gibt. Ähnliches hört man auch auf Bundesebene: Hunderte Millionen werden in Art.-15a-Vereinbarungen gepackt, die Digitalisierung des Unterrichts zum Bildungsmodell der Zukunft ausgerufen uvm. Wie ernst es der Bundesebene tatsächlich mit den Schüler/innen vor allem im ländlichen Raum wirklich ist, erkennt man aber weniger an den großen Schlagzeilen, sondern daran, wie man mit den eigentlichen Problemen wirklich umgeht. Eine missglückte Ausbildungsreform in Verbindung mit der Demografie sorgt dafür, dass wir mit zunehmender Geschwindigkeit auf einen dramatischen Lehrer/innenmangel zusteuern, die Digitalisierungsoffensive kann nur dank massiver finanzieller Unterstützung durch Länder und vor allem Gemeinden am Laufen gehalten werden. Auch hier lassen sich weitere, wenig ruhmreiche Beispiele, bei welchen die Gemeinden immer wieder in die Bresche springen müssen, nennen. Unterhalb der Wahrnehmungsgrenze des Bundes liegt aber jedenfalls das Thema Schülertransport: Unterdotiert, überreguliert und bundesseits an der Lebenswelt der Familien vorbeiorganisiert – übrig bleiben zigtausend Jahr für Jahr verunsicherte Familien mit ihren Kindern und (wieder einmal) die Gemeinden, die mit Zuzahlungen an die Beförderungsunternehmen (soweit sie überhaupt noch welche finden) von der Infrastruktur zu retten versuchen, was zu retten ist. All dies wissen die zuständigen Ministerien, und dies nicht erst seit dem letzten Schuljahr. Passieren tut nichts, manche Themen scheinen für die große Politik eben nicht wichtig genug.

Davon aber unbeschadet: Seitens des Salzburger Gemeindeverbandes wünschen wir Ihnen erholsame und unbeschwerte Sommermonate, Zeit zum Energietanken und zum bewussten Erleben der Schönheit unseres außergewöhnlichen Landes – um dann gestärkt in den kommenden Herbst zu gehen.

Bgm. Günther Mitterer
Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes

Inhalt



Salzburger
Gemeindeverband



Kinderbetreuung: Der Hut brennt.....	3
Duett-Kommunal/RTS-Projekt.....	8
Gemeindeausgleichfonds reagiert auf höhere Baukosten.....	9
Materialpreissteigerung und Lieferengpässe.....	10
Novellierung Salzburger Parkgebührengesetz, Änderung Salzburger Nächtigungsabgabengesetz.....	10
Salzburg hilft.....	16

ÖSTERREICH

191 Bürgermeister/innen bis 40 Jahre in Österreichs Gemeinden.....	18
Volksbegehren: Wen kümmern die Gemeinden?.....	20
Gemeindebund/Städtebund: Gemeinden und Städte unterstützen ukrainische Kommunen.....	21

EUROPA

EUREGIO-News.....	22
-------------------	----

SERVICE

Buchtipps:	
Verfassungsrecht.....	24

Diese Ausgabe ist auch als e-paper erhältlich.



Impressum

DIE SALZBURGER GEMEINDE

Ausgabe: 2./Juli 2022
Redaktion: Direktor Dr. Martin Huber | Mag. Sophie Weilharter
Mag. Alexandra Mitterwurzer
Medieninhaber und Herausgeber: Salzburger Gemeindeverband
Alpenstraße 47, 5020 Salzburg
Anzeigenverwaltung & Layout: kmh communications
Aigner Straße 35 a | 5026 Salzburg | office@kmh.co.at | www.kmh.co.at
Druck: Offset 5020 | Bayernstr. 27 | 5071 Wals-Siezenheim
Erscheinungsort: Salzburg | Verlagspostamt 5020 Salzburg, P.b.b.
Titelbild: Adobe Stock
Irrtümer und Druckfehler vorbehalten



Bild: Adobe Stock

Kinderbetreuung: Der Hut brennt

Trotz aller Bemühungen der öffentlichen und privaten Rechtsträger werden im kommenden Kindergartenjahr 2022/2023 zahlreiche Betreuungsplätze im Bundesland Salzburg nicht (mehr) bereitgestellt werden können. Eine der primären Ursachen ist eben, dass es verabsäumt wurde, rechtzeitig die rechtlichen Anforderungen im Personalbereich so zu gestalten, dass den Gemeinden und privaten Rechtsträgern eine ausreichende Personalgewinnung möglich ist. Die vorgegebenen strengen fachlichen Voraussetzungen für die Anstellung und den Einsatz von Mitarbeiter/innen bzw. die zu wenig flexible Anerkennung zusätzlicher Qualifikationen schließt viele potenzielle Bewerber/innen für diese Tätigkeit von vornherein aus.

Die (Wieder-)Anerkennung der BÖE-Ausbildung, die Ausdehnung des Zugangs zu und des Einsatzes von Zusatzkräften, eine stärkere, organisationsformenübergreifende Flexibilität bei der Führung von Kleinkindgruppen, alterserweiterten Gruppen, Schulkind-, Hort- und Kindergartengruppen bis hin zum Abbau von Hürden für die Tätigkeit in der Leitung von institutionellen Einrichtungen sind nur einige Maßnahmen, welche der Gesetzgeber mit raschem und spürbarem Wirkungsgrad ohne merklichen Qualitätsverlust setzen könnte.

Tatsache ist auch, dass auch bei der Leitung von Einrichtungen mehr Flexibilität erforderlich ist. Umfasst eine Einrichtung unterschiedliche Organisationsformen, so muss derzeit die Leitung die Voraussetzungen für die Fachkraft aller Organisationsformen erfüllen. Diese Vorgabe ist angesichts der kritischen Personalsituation nicht aufrechtzuerhalten und sollte die Eignung zur Führung in einer der im Gesetz angeführten institutionellen Organisationsformen (Kleinkindgruppe, alterserweiterte Gruppe, Schulkind-, Kindergarten- und Hort-

gruppen) nach Absolvierung des Leiter/innenkurses und der erforderlichen Praxis auch zur Führung der Einrichtung – auch mit unterschiedlichen/anderen Organisationsformen – befähigen.

Personen mit dem Ausbildungsabschluss des von der Salzburger Landesregierung veranstalteten Lehrgangs „Frühe Kindheit“ sollen als Fachkraft in Kleinkindgruppen und bei Mangel an Fachkräften unbefristet auch in alterserweiterten Gruppen, Schulkindgruppen und Kindergartengruppen auch als gruppenführende Fachkraft eingesetzt werden können.

Es sollte zudem bei der Förderung von freigestellten Leitungen nicht nur auf die Kindergartengruppen abgestellt werden, sondern auch Gruppen in anderen Organisationsformen mitgezählt werden. So ist nicht nachvollziehbar, warum es für die Leitung von 6 Kleinkindgruppen oder einer Mischung (4 Kindergarten-, 2 Kleinkindgruppen) keine Förderung gibt.

In seiner Stellungnahme zur aktuellen Gesetzesnovelle erneuerte der Salzburger Gemeindeverband den Apell, durch erleichternde Maßnahmen im Personaleinsatz die Möglichkeit geschaffen werden muss, dass die bestehende Kinderbildungs- und -betreuungsinfrastruktur im Herbst 2022 erhalten werden kann.

Der Gewinn bzw. Verlust jeder einzelnen Mitarbeiterin bzw. jedes einzelnen Mitarbeiters wird in der aktuellen Situation entscheidend sein, ob eine ganze Gruppe im Herbst 2022/2023 weitergeführt werden kann oder geschlossen werden muss. Dass die Elementarpädagogik und die Kinderbetreuung im Bundesland Salzburg auf hohen, angemessenen Qualitätsstandards beruhen muss, ist auch für uns unbestritten. Allerdings helfen die höchsten Qualitätsstandards nicht jenen Familien, die vor der verschlossenen Tür einer Kinderbetreuungseinrichtung stehen.



Blühflächen anlegen für den wichtigen Erhalt der Bienen im Rahmen der Initiative „Bienenwies’n“: Der Maschinenring kümmert sich bei Bedarf um die professionelle Betreuung für die Gemeinden. Bilder: Maschinenring

Ökologische Wohlfühlöasen für den öffentlichen Raum

Nachhaltige Außenbereiche zu schaffen ist nicht nur ein steigendes Bedürfnis, sondern im Hinblick auf die Nachhaltigkeit eine Notwendigkeit. Öffentliche Institutionen übernehmen eine Vorbildrolle, wenn es darum geht, CO₂ einzusparen und die Klimaziele zu erreichen. So ist das Engagement der Salzburger Gemeinden für den Klimaschutz groß – die Expert*innen des Maschinenring Salzburg stehen mit Rat und Tat bei einer nachhaltigen Grünraum-Gestaltung zur Seite.

„Der Trend zum ‚grünen Wohnzimmer‘, kombiniert mit dem Wunsch, einen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Artenvielfalt zu leisten, ist nicht nur im privaten Bereich ausgeprägt. Der Faktor Nachhaltigkeit zählt auch bei Gemeinden und Betrieben immer häufiger zu den Top-Prioritäten – und das zeigt sich auch in der zunehmenden Nachfrage nach naturnahen Außenbereichen“, weiß Hans Meißnitzer, Vertriebsleiter beim Maschinenring Salzburg. Daher widmet sich der Maschinenring mit viel Engagement den vielfältigen Aufgaben, um diesen Bedürfnissen zu entsprechen.

Initiative „Natur im Garten“ sichert Grünräume mit Artenvielfalt

Der Maschinenring Salzburg ist Partnerbetrieb der Initiative „Natur im Garten“. Der Fokus liegt dabei auf Artenvielfalt und heimischen, ökologisch wertvollen Pflanzen sowie auf der Verwendung umweltfreundlicher Materialien. Im Rahmen der Initiative werden auch naturnahe Flächen im öffentlichen Raum gefördert. Ein auf ökologische Bewirtschaftung ausgelegter Grünraum benötigt weniger Pflege, dadurch entstehen auch weniger Kosten.

Mittels abgestimmter Pflanzenvielfalt, Stauden, Gehölzen und der Schaffung natürlicher Nischen wird der Aufwand für Bewässerung, Unkrautentfernung und Pflanzenschutz minimiert.

Zertifizierte „Natur im Garten“-Gemeinden, die biologischen Pflanzenschutz im öffentlichen Grünraum umsetzen, können sich ökologisch und umweltbewusst präsentieren. Voraussetzung dafür sind der Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide und Dünger sowie auf Torf. Besonderer Wert wird auch auf Naturräume und ökologisch wertvolle Elemente wie Streuobstwiesen und die Förderung von Pflanzen- und Tiervielfalt gelegt. Als zertifizierter „Natur im Garten“-Partnerbetrieb kennen die Grünraumexperten des Maschinenring Salzburg die



Der Maschinenring Salzburg schafft nachhaltige Naturoasen mit Artenvielfalt und ökologisch wertvollen Pflanzen als Wohlfühlort für die Allgemeinheit im öffentlichen Raum.

Anforderungen, wissen, wie ökologische Grünräume effizient umgesetzt und gepflegt werden und stehen den Gemeinden mit Rat und Tat zur Seite. Weitere Infos auf www.naturimgarten.at

Bienenwiesen: Wichtig zum Erhalt von Bienen und Pflanzenvielfalt

Der Maschinenring Salzburg setzt seit einigen Jahren mit Projektpartnern im Rahmen der Initiative „Bienenwies’n“ Projekte um, um den Bestand der Bienen sicherzustellen.

Angeboten werden etwa Blümmischungen für Blühflächen und -streifen. Egal ob Gemeinde, Tourismusbetrieb, Firma, Landwirt oder Privathaushalt: Jeder leistet einen wichtigen Beitrag, wenn er einen Teil seiner Grünflächen den Bienen und anderen blütenbestäubenden Insekten zur Verfügung stellt. Für Gemeinden, Institutionen und gewerbliche Kunden übernimmt der Maschinenring Salzburg auf Wunsch die professionelle Betreuung mit Manpower und den geeigneten Maschinen. Informationen dazu gibt es auch auf www.bienenwiesn.at

Problempflanzen wirksam bekämpfen

Auf Grünflächen werden Neophyten zunehmend zum Problem. Neophyten sind exotische Pflanzen, die aus fremden Gebieten nach Österreich eingeschleppt wurden. In Österreich machen diese Pflanzen bereits 27 Prozent der wild wachsenden Pflanzen aus. 90 Prozent davon verursachen zwar keine Probleme. Manche – die invasiven Neophyten – verwildern allerdings sehr stark, verursachen Schäden und verdrängen heimische Pflanzen. Das führt zu hohen Kosten bei der Unkrautbekämpfung. Manche gelten auch als gesundheitsgefährdend: Einige lösen bei Allergikern typische Reaktionen aus – von Schnupfen über Augenbrennen bis hin zu allergischem Asthma, einige Pflanzen wie der Riesenbärenklau verursachen auch Kontaktreaktionen wie Rötungen und Nesselsucht. Daher müssen invasive Neophyten bekämpft werden. Die Gartenbau- und Grünraum-Expert*innen des Maschinenring verfügen über viel Fachwissen zu den Problempflanzen und ihre wirksame Bekämpfung sowie über das dafür notwendige Spezialmaterial und Geräte. Denn besonders wenn die Pflanzen gesundheitsgefährdend sind, ist eine professionelle Unterstützung bei der Beseitigung ratsam.

Nachhaltigkeit leben und regionale Arbeitsplätze sichern

Mit seinem Leistungsangebot trägt der Maschinenring dazu bei, regionale Arbeitsplätze zu sichern. Viele Mitarbeiter*innen im Maschinenring stammen aus dem landwirtschaftlichen Umfeld oder betreiben selbst eine Landwirtschaft. Bauern übernehmen über den Maschinenring auch Serviceleistungen für Gemeinden wie Mähservice oder Winterdienst. Dadurch wird ein Beitrag zum so wichtigen Erhalt der kleinstrukturierten Landwirtschaft geleistet und die Wertschöpfung bleibt in der Region. Da Nachhaltigkeit und Klimaschutz beim Maschinenring Salzburg zentrale Themen sind, wird auch eine langfristige Strategie hin zur E-Mobilität umgesetzt und der E-Fuhrpark wächst kontinuierlich. Zuletzt wurden vier ID.3 Pro von VW angeschafft.

Nachhaltige Wohlfühlorte mit Mehrwert

Die Grünraum-Experten des Maschinenring sind Ansprechpartner, wenn es darum geht, nachhaltige Naturoasen zu schaffen. Biologische Vielfalt, regionale Pflanzen, alte Kultursorten und möglichst wenig Eingriff in die Natur – so entsteht ein stimmiges Ganzes zum Wohle und Schutz der Natur und als Wohlfühlorten im öffentlichen Raum, die Auge und Seele guttun.



Ökologisch wertvolle Grünräume gestalten – und gleichzeitig regionale Arbeitsplätze sichern: Das verwirklicht der Maschinenring Salzburg mit seinem Leistungsangebot.



Video mit vielen Tipps zum naturnahen Garteln. Gleich anschauen!



Maschinenring

Kontakt: Maschinenring Salzburg

Tel.: +43 59 060 500

E-Mail: salzburg@maschinenring.at

entgeltliche Einschaltung



Salzburgs Gemeinden vertrauen auf SALZBURGER UNIQA

Waltraud Rathgeb, die Landesdirektorin der SALZBURGER UNIQA, erklärt im Interview mit der „Salzburger Gemeinde“ das Gemeindekonzept der UNIQA und warum die „VORIDEG“ so gefragt ist



Dr. Waltraud Rathgeb
Landesdirektorin
SALZBURGER UNIQA
© Ludwig Schedl

SG: Frau Dr. Rathgeb, UNIQA hat fast alle Gemeinden im Land versichert. Warum ist das so und welche Services sind besonders gefragt?

Waltraud Rathgeb: Tatsächlich betreut UNIQA fast 80 Prozent aller Salzburger Gemeinden – die meisten davon schon seit vielen Jahren. Für die Kommunen bieten wir ein attraktives Gesamtpaket, welches wir ganz individuell zusammenstellen können. Wir wissen sehr genau, was die Gemeinden brauchen, und ergänzen und erweitern daher auch immer wieder unsere Services, beispielsweise im Bereich der Haftpflicht. Die besten Versicherungslösungen sind die, die genau auf die Bedürfnisse des Versicherungsnehmers abgestimmt sind. Das ist bei Gemeinden nicht anders als bei unseren anderen Kundinnen und Kunden. Deswegen legen wir auch großen Wert auf eine persönliche Betreuung vor Ort. Für jede Gemeinde erstellen wir ein eigenes Konzept inklusive einer soliden Risikoanalyse. Gleich zu Beginn der Zusammenarbeit nehmen wir uns Zeit für eine kostenlose Bewertung der Versicherungsobjekte.

SG: Was konkret bietet UNIQA den Kommunen an?

Waltraud Rathgeb: Zum einen natürlich die Sachversicherung als Elementarschutz. Sie beinhaltet den umfassenden Versicherungsschutz gemeindeeigener Gebäude, sämtlichen Inventars und der Außenanlagen – die Feuerwehr ist dabei mitversichert. Auch Objekte von gemeindenahen Vereinen können miteingedeckt werden. Neu ist der „Allrisk-Schutz“ für kommunale Photovoltaikanlagen, der Schäden durch Brand, Blitzschlag, Hagel, Diebstahl, Vandalismus und vieles mehr abdeckt und sogar nicht erwirtschaftete Einspeisevergütungen (Ausfallskosten) ersetzt. Beliebt ist auch die Gruppen-Krankenversicherung mit wertvollen Sonderleistungen für die beste medizinische Versorgung der Gemeindebediensteten. Und dann haben wir neben einer umfassenden Rechtsschutzversicherung für die Gemeindeverwaltung – in deren

Rahmen auch Gemeindeorgane und Gemeindebedienstete abgesichert werden können – noch unsere VORIDEG, die Spezial-Haftpflichtversicherung für Gemeinden.

SG: VORIDEG ist die Abkürzung für „Vollrisikodeckung für Gemeinden“. Was dürfen wir darunter genau verstehen?

Waltraud Rathgeb: Die persönliche Haftung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ist mittlerweile einer der Gründe dafür, dass sich immer weniger Menschen bereiterklären, dieses Amt zu übernehmen. Die VORIDEG ist eine bewährte Haftpflichtversicherung für die gesamte Gemeinde: Versichert sind damit neben den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen auch alle Gemeindeorgane – die Gemeindebediensteten genauso wie Lehrerinnen und Lehrer oder Schulaufsichtspersonen und Mitglieder der örtlichen Feuerwehr. Mit der wahlweisen Vermögensschadenhaftpflicht hat die Gemeinde sogar noch eine zusätzliche Option: Versicherungsschutz für alle Gemeindeorgane, die Amtsleitung und die Mitglieder sämtlicher Ausschüsse für den Fall, dass sie bei ihren Tätigkeiten Pflichten verletzen und es dadurch zu einem Schadenersatzpflichtigen Vermögensschaden für die Gemeinde kommt.

SG: Welche Optionen haben die Gemeinden noch, sich abzusichern?

Waltraud Rathgeb: Wir bieten den Kommunen interessante Zusatzdeckungen beispielsweise für Vandalismusschäden oder eine Cyber-Versicherung, die vor den Gefahren der zunehmenden Online-Kriminalität schützt. Mit unserem Angebot im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge können Gemeinden ihre Bediensteten bei der Pensionsvorsorge unterstützen und mit der Gemeinde Unfallvorsorge zusätzliche Maßnahmen gegen unerwartete Unglücksfälle treffen. Gerne genutzt wird auch unsere exakt berechnete, kostenlose Unwetterwarnung oder der Anwalt PLUSservice für eine juristische Erstauskunft am Telefon. Das ist das UNIQA-Gemeindekonzept: Wir wollen den Gemeinden ein kompetenter Partner für die Fragestellungen von heute und die Herausforderungen von morgen sein.



SALZBURGER



UNIQA

gemeinsam besser leben

Gemeinsam besser wachsen.

Mehr als Versicherungs-
lösungen für Ihre Gemeinde.

**Jetzt
beraten
lassen.**

Sie haben Fragen zum Produkt?

Dann wenden Sie sich gerne an unseren VTS Leiter:

UNIQA Österreich Versicherungen AG

DI (FH) Max Holzinger

Auerspergstraße 9, 5020 Salzburg

Tel.: +43 664 823 26 63, E-Mail: max.holzinger@uniqa.at

uniqa.at



www.facebook.com/uniqa.at



Werbung



Auftakt zum gemeinsamen Projekt (im Bild vlnr: Marius Holzer (RTS), Günther Mitterer (Präsident SGV), Martin Huber (Geschäftsführer SGV)
Bild: RTS Regionalfernsehen GmbH

Duett-Kommunal/RTS-Projekt: Bürgermeisteramt im Kameralicht

In Kooperation mit dem Salzburger Regionalfernsehsender RTS Salzburg und dem Österreichischen Gemeindebund organisiert der Salzburger Gemeindeverband ein Projekt, bei welchem das Amt der Bürgermeister/innen mit seinen besonderen Herausforderungen, aber auch in seiner besonderen Vielfalt und mit seinen positiven Seiten (vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, hoher Bürgerbezug etc.) dargestellt werden soll. Insbesondere hervorgehoben werden soll der Aspekt, dass die Gemeinden – auch unterschiedlicher Größe – oft vor sehr ähnlichen Problemstellungen (Kinderbetreuung, Pflege, Vereinsleben, Sicherheit, Energie, Abfallwirtschaft, Soziales, Verkehr, Personalgewinnung etc.) stehen. Der Erfolg bei der Lösung dieser Herausforderungen – gerade auf der kleinsten Ebene „Gemeinde“ – ist stark durch den Ideenreichtum der Bürgermeister/innen und deren enge Verbindung mit der Bevölkerung geprägt. Projektumsetzung: Ab Juni 2022 sollen pro Monat mit je zwei Bürgermeister/innen unterschiedlicher Gemeinden rund 15-minütige Interviews geführt werden, welche über eine Woche lang über den Salzburger Privatsender RTS gesendet werden. Die Interviews werden durch Redakteur/innen von RTS geführt, Bild- und Tonregie, Schnitt sowie technische Umsetzung (einschließlich Zur-Verfügung-Stellung von Bildmaterial) erfolgt durch RTS. Die Drehbücher (insbesondere Fragestellungen und Schwerpunktthemen) für die einzelnen Sendungen werden in Kooperation mit dem Salzburger Gemeindeverband sowie den

teilnehmenden Gemeinden erstellt. 1/3 der Sendezeit dient der Vorstellung der beiden Gemeinden, 1/3 dem Interview zu den konkreten Projekten/Herausforderungen, 1/3 dem Interview, wie die beiden Gesprächsteilnehmer/innen das Bürgermeister/innenamt persönlich erleben, was sie motiviert und bewegt.

Die Bürgermeister/innen werden zu acht Themenschwerpunkten interviewt werden: Schule, Verkehr, Klimaschutz, Kinderbetreuung, leistbares Wohnen, Vereinsleben, Abwanderung, Demografie und Pflege.

Projektstart und Vorstellung war der 20. Juni 2022.

Info Box

Der Salzburger Gemeindeverband setzt zusätzlich zu dem Projekt mit RTS heuer mehrere Schwerpunkte zur Stärkung der Bürgermeister/-innen. Spezielle Fortbildungsseminare für kommunale Entscheidungsträger/-innen gehören ebenso dazu wie ein Handbuch für Bürgermeister/innen, welches im Herbst 2022 erscheinen wird.

Gemeindeausgleichsfonds reagiert auf höhere Baukosten

Land adaptiert Obergrenzen bei Kostenüberschreitung
Projekte in den Regionen sollen ermöglicht werden

Die aktuellen Preissteigerungen im Baubereich stellen viele Gemeinden in Salzburg vor große Herausforderungen. Das Land hat deshalb die Richtlinien des Gemeindeausgleichsfonds (GAF) angepasst, um die Umsetzung geplanter Bauten zu ermöglichen.

Landeshauptmann Wilfried Haslauer erklärt: „Wenn bisher die Errichtungskosten um mehr als 20 Prozent überschritten wurden, ist die GAF-Förderung entfallen. Diese Grenze heben wir auf 30 Prozent an. So können viele Projekte mit finanzieller Unterstützung des Fonds umgesetzt werden, denn die Gemeinden können nichts für die Preissteigerungen. Bedeutend ist, dass diese wichtigen Vorhaben trotz der schwierigen Rahmenbedingungen realisiert werden können.“

Haslauer: „Wichtige Projekte in den Gemeinden.“

„Die Teuerung spüren nicht nur die Salzburgerinnen und Salzburger in ihrer Geldbörse. In zahlreichen Gemeinden stehen seit längerer Zeit wichtige Bauprojekte von Kindergärten und Schulen über Sportplätze bis zum Bauhof an, die aufgrund der starken Baukostensteigerungen in Gefahr sind“, betont Haslauer.

Mitterer: „Investitionen weiter möglich.“

„Uns als Gemeinden trifft die Teuerungswelle ganz besonders. Viele Projekte werden schon seit Jahren penibel geplant, die Finanzierung ist für viele eine Herkulesaufgabe. Wenn durch

die steigenden Preise auch noch die Förderung durch den GAF ausfallen würde, käme es zu einem Investitionsstopp. Das Land hat hier rechtzeitig gegengesteuert, damit vom Kindergarten bis zum Sportplatz für die Bürgerinnen und Bürger investiert werden kann“, sagt Günther Mitterer, Präsident des Gemeindeverbandes.

Erhöhte Toleranzgrenze für Anträge bis Ende April

Die Toleranzgrenze für die Errichtungskostenobergrenze wird für alle Anträge an den Gemeindeausgleichsfonds (GAF), die bis zum 30. April 2022 eingereicht wurden und bis 31. Dezember 2022 genehmigt werden, auf 30 Prozent angehoben. „Im Frühling zeichnete sich die Preissteigerung bereits ab, die Gemeinden mussten ohnehin neu kalkulieren. Wichtig ist, dass die Schlüsselprojekte in den Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger weiter umsetzbar bleiben“, so der Landeshauptmann. LK_220619_30 (mw/mel)

Info Box

Medienrückfragen:

Lucas Kröll, Büro Landeshauptmann Wilfried Haslauer,
Tel. +43 (0)662 8042-2336, Mobil: +43 (0)664 2552854,
E-Mail: lucas.kroell@salzburg.gv.at
Redaktion: Landes-Medienzentrum



Bild: Adobe Stock

Totengedenken

Am 23. April 2022 verstarb der Altbürgermeister von St. Martin am Tennengebirge, Johann Weran-Rieger, im 92. Lebensjahr. Er war von 1969 bis 1988 Bürgermeister, wurde nach seinem Ausscheiden zum Ehrenbürger ernannt und war Mitglied örtlicher Vereine und langjähriger Obmann des Tourismusverbands. Johann Weran-Rieger war Träger des Goldenen Verdienstzeichens der Republik Österreich.

Am 31. Mai 2022 verstarb der langjährige Bürgermeister und Ehrenbürger der Gemeinde Nußdorf, Johann Zauner, im 86. Lebensjahr. Er war von 1974 bis 1994 Bürgermeister, Mitglied und Funktionär zahlreicher örtlicher Vereine wie der Freiwilligen Feuerwehr Nußdorf. Ebenso war er Mitglied und Ehrenobmann der Trachtenmusikkapelle.

Der Salzburger Gemeindeverband wird den Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.



Bild: Adobe Stock

Materialpreissteigerung und Lieferengpässe

Kommunen stehen vor großen Herausforderungen

Die Gemeinden stehen derzeit hinsichtlich ihrer Bauprojekte aufgrund steigender Preise für Baumaterialien sowie deren eingeschränkter Verfügbarkeit vor außergewöhnlichen Herausforderungen. Diese Situation führt dazu, dass bei bestehenden Verträgen die Bauunternehmen die Gemeinden mit Mehrkostenforderungen sowie Anpassungen der Lieferfristen konfrontieren. Die WKO holte zu dem Thema ein Gutachten von Univ.-Prof. Dr. Andreas Kletecka ein.

Festzuhalten ist, dass es sich bei dem Rundschreiben um eine Rechtsmeinung der WKO bzw. von Prof. Kletecka handelt. Mangels bisheriger Rechtsprechung zu den Materialpreissteigerungen sowie den Lieferengpässen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie und dem Ukraine-Krieg gibt es derzeit auch andere Rechtsmeinungen zu dem

Thema. Aufgrund der fehlenden Rechtsprechung und der verschiedenen Literaturmeinungen kann damit aber derzeit keine generelle Aussage hinsichtlich der Materialpreissteigerungen sowie der Lieferengpässe getroffen werden. Nach Auffassung des Österreichischen Gemeindebundes hat grundsätzlich der Auftragnehmer das eingetretene Risiko nachzuweisen. Bei den Preissteigerungen betrifft das deren Unvorhersehbarkeit sowie die mangelnden Beschaffungsalternativen oder Möglichkeit der Anschaffung vor dem Eintritt der Preissteigerungen. Hinsichtlich der Lieferverzögerungen wären gravierende Unterschiede zwischen den bisherigen Lieferzeiten und die mangelnde Verfügbarkeit alternativer Lieferanten nachzuweisen. Generell gilt auch, dass Mehrkostenforderungen bzw. Forderungen zur Vertragsanpassung anhand der geschlossenen Verträge individuell geprüft werden müssen.



Bild: Adobe Stock

Novellierung Salzburger Parkgebührengesetz, Änderung Salzburger Nächtigungsabgabengesetz

Das Salzburger Parkgebührengesetz und das Salzburger Nächtigungsabgabengesetz wurden in folgenden Punkten geändert:

- **Parkgebührengesetz:** Mit dieser Änderung wurde durch den Salzburger Landtag eine Anregung unsererseits umgesetzt, welche den Gemeinden bei der Ausschreibung der Parkgebühr eine höhere Flexibilität dahingehend ermöglicht, dass diese auch als Tagespauschale eingehoben werden kann.
- **Nächtigungsabgabengesetz:** Im Wesentlichen handelt es sich bei den Änderungen um Klarstellungen, die sich aus der lfd. Abgabenerhebungspraxis ergeben. Um Unklarheiten zu vermeiden, die sich bei der Auslegung des § 3 Z 5 durch die bisher angeführten Unterkünfte ergeben haben, wird eine Ergänzung des zweiten Satzes um Privatzimmervermietung vorgenommen. Weiters wurden die Abgabebeträge entsprechend den Änderungen des Verbraucherpreisindex 2015 neu festgesetzt.

Heinrich Schaller, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ:

„STARKE KAPITALAUSSTATTUNG SCHAFFT SPIELRAUM FÜR DIE ZUKUNFT“

Im September 2021 wurden die HYPO Salzburg und die RLB OÖ verschmolzen. Welche Bilanz sich nach knapp zehn Monaten ziehen lässt und wie die RLB OÖ ihre Kundinnen und Kunden in Oberösterreich und Salzburg durch ein herausforderndes Wirtschaftsumfeld begleitet, erklärt Heinrich Schaller, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ, im Interview.

Herr Generaldirektor, welche Vorteile ergeben sich aus der Fusion von HYPO Salzburg und RLB OÖ für Ihre Kunden in Salzburg?

Schaller: Sie profitieren jetzt von einer erweiterten Produkt- und Dienstleistungspalette, der Innovationskraft und dem Netzwerk des RLB OÖ-Konzerns, während sich sonst mit der Fusion praktisch nichts für sie geändert hat. Sie werden nach wie vor von ihren persönlichen Beraterinnen und Be-

ratern begleitet und betreut und die Marke HYPO Salzburg wurde erhalten. Uns war es von Anfang an wichtig, dass wir durch die Verschmelzung das Beste aus beiden Welten vereinen, unsere Kräfte bündeln und Mehrwert schaffen können. Dafür haben wir uns in der Vorbereitung auch intensiv Zeit genommen und ich denke, das ist uns auch gut gelungen. Wir sind intern gut zusammengewachsen und können unsere Synergien im Sinne unserer Kunden nutzen.

Ist Raiffeisen in Oberösterreich das Gleiche wie Raiffeisen in Salzburg?

Schaller: Nein, die Raiffeisenlandesbank OÖ und der Raiffeisenverband Salzburg sind zwei rechtlich selbstständige Banken, die HYPO Salzburg ist Teil des Konzerns der Raiffeisenlandesbank OÖ.

Was ist die Stärke der Raiffeisenlandesbank OÖ?

Schaller: Eine wertvolle Basis und ein zentrales Fundament, um Unberechenbarkeiten zu begegnen und Kunden als verlässlicher Finanzpartner begleiten zu können, ist unsere starke Kapitalausstattung. Das zeugt von hoher Stabilität und schafft Handlungsspielraum für die Zukunft. Darüber hinaus ist die Bereitstellung von Eigenkapital für uns ein wesentliches strategisches Standbein und unterscheidet uns maßgeblich von anderen Banken. Wir sind seit mehr als 25 Jahren Vorreiter in diesem Bereich.

Wie profitieren die Kundinnen und Kunden von dieser Stärke und der Stabilität der RLB OÖ?

Schaller: Bankgeschäfte sind nach wie vor Vertrauensgeschäfte, weshalb wir Kundennähe und persönlichen Kontakt in den Mittelpunkt stellen. Die Raiffeisenlandesbank OÖ ist dabei in der Lage, Impulse, Ideen und Vorhaben ihrer Kundinnen und Kunden mit Bankdienstleistungen, die weit über das übliche Maß hinausgehen, zu unterstützen. Auch, weil wir die Bedürfnisse unserer Kundinnen und Kunden genau kennen. Gemeinsam mit den oö. Raiffeisenbanken waren wir im Vorjahr einmal mehr die stärkste Förderbank in Österreich: Mehr als ein Viertel des erp-Kreditvolumens ging an Firmenkunden von Raiffeisen OÖ: Das unterstreicht unsere besondere Finanzierungs- und Förderkompetenz.

Persönliche Beratung ist auch bei Privatkunden wichtig – unter anderem, wenn es um attraktive Geldanlageformen geht. Was raten Sie Ihren Kundinnen und Kunden?



Heinrich Schaller: „Der Jahresüberschuss vor Steuern im Konzern der RLB OÖ beträgt 2021 557,8 Millionen Euro.“

Schaller: Bei niedrigen Zinsen macht es jedenfalls Sinn, Alternativen für das persönliche Portfolio zu suchen. Höhere Erträge ganz ohne höheres Risiko gibt es natürlich nicht, deshalb ist eine persönliche Beratung abgestimmt auf die individuellen Voraussetzungen besonders wichtig. Der Aktienmarkt spielt beim Anlageverhalten in Österreich noch immer eine untergeordnete Rolle, ist aber bei einem längerfristigen Veranlagungshorizont eine attraktive Möglichkeit zur Ergänzung im Portfolio.

Die heimische Wirtschaft erlebt aktuell turbulente Zeiten: Corona-Pandemie, Krieg in der Ukraine, steigende Inflation. Wie entwickelt sich das Jahr 2022 für Oberösterreichs Unternehmen?

Schaller: Zum Jahreswechsel waren noch starke Aufschwungtendenzen spürbar. Jetzt müssen wir uns aber auf eine neue Situation mit deutlich geringeren Wachstumsraten einstellen. Eine hohe Inflation ohne Wirtschaftswachstum,

also eine Stagflation, ist so ziemlich das Schlimmste, was einer Volkswirtschaft passieren kann. Diese Gefahr halte ich für nicht ganz ausgeschlossen. Oberösterreichs Unternehmen sind aber gut aufgestellt, dennoch gibt es derzeit viele Unsicherheitsfaktoren: Wir sehen ein schwieriges Umfeld aufgrund von Engpässen in den Lieferketten, der massiv steigenden Inflation und der Energiepreise.

Wie geht es der Raiffeisenlandesbank OÖ selbst in diesem Umfeld?

Schaller: Wir haben Ende April eine hervorragende Jahresbilanz für 2021 präsentiert. Die Bilanzsumme hat 2021 erstmals die 50-Milliarden-Euro-Schwelle überschritten, beim Jahresüberschuss vor Steuern verzeichnen wir starke Zuwächse. Die Raiffeisenlandesbank OÖ erweist sich auch in turbulenten Zeiten als starker, stabiler Partner und begleitet die Unternehmen eng.

Kundenempfang im Europark Salzburg:

HYPO-SALZBURG-KUNDEN LACHTEN MIT ALEX KRISTAN



Kabarettist Alex Kristan, Helmut Praniess und Friedrich Führer (beide HYPO Salzburg) beim Kundenempfang im Europark Salzburg.

Für jede Menge Lacher sorgte Alex Kristan beim Kundenempfang der HYPO Salzburg Mitte Mai im Europark Salzburg. Rund 190 Kundinnen und Kunden amüsierten sich gemeinsam mit Helmut Praniess und Friedrich Führer von der HYPO Salzburg über Kristans Programm „Best of Kabarett“ sowie beim anschließenden gemütlichen Ausklang. Unter den Gästen waren u. a. Alfred Kendlbacher (Geschäftsführer Gewista und Progress Werbung), Didi Geiger (KMU Center

Salzburg) sowie die Juristin Helma Kaiser-Hinterhofer und Hubert Hinterhofer, Jurist an der Universität Salzburg.

„Als Teil eines starken Konzerns und Marke der Raiffeisenlandesbank OÖ steht HYPO Salzburg für Stabilität, Sicherheit und Verlässlichkeit. Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit unseren Kundinnen und Kunden den Weg in eine erfolgreiche Zukunft gehen dürfen“, betonten Praniess und Führer.

HYPO Salzburg ist seit der Fusion im September 2021 eine Marke der Raiffeisenlandesbank OÖ und bietet hervorragende Kundenbetreuung und Serviceorientierung im Bundesland Salzburg. Darüber hinaus profitieren Kundinnen und Kunden auch von der Innovationskraft, dem umfassenden Know-how und dem breiten Netzwerk des Konzerns der Raiffeisenlandesbank OÖ als fünftgrößte Bank Österreichs.

AUSWIRKUNGEN EINES GAS-STOPPS AUF DIE SALZBURGER INDUSTRIE

Knapp die Hälfte des Erdgasverbrauchs in Salzburg (47,8%) fällt im produzierenden Bereich an. Erdgas ist für viele Sektoren Energieträger Nr. 1. Die fünf erdgasintensivsten Branchen sind für fast 90% des Gasverbrauchs verantwortlich.

Auch für die Salzburger Industriebetriebe ist aktuell die Energieversorgung das absolute Kernthema. Jede Woche ohne Gas in der Salzburger Industrie träre unmittelbar 50 Unternehmen und würde somit 10.217 Arbeitsplätze (3,1% der Erwerbstätigen Salzburgs) gefährden. Sie würde uns 39,3 Mio. Euro direkte Wertschöpfung in den unmittelbar betroffenen Betrieben und weitere 16,7 Mio. Euro indirekte Wertschöpfung in der vorgelagerten Wertschöpfungskette kosten. Insgesamt wären dies 56,0 Mio. Euro Wertschöpfung, was einem Anteil von 11,6% der Salzburger Wirtschaft entspricht. Somit würde sich jede Woche ohne Gasversorgung in Salzburg etwa gleich auswirken, wie eine Woche ohne jeden Einzelhandel oder zwei Wochen während der Corona-Pandemie. „Die Industrie warnt daher eindringlich vor den dramatischen Folgen eines Öl- und Gas-Embargos“, betonte IV-Salzburg-Präsident Peter Unterkofler wiederholt.

Bedrohungsszenario Energielenkung

„Niemand will, dass wir in eine Situation kommen, in der Energielenkung notwendig wird – Energielenkung ist die



absolute Ultima Ratio“, so Unterkofler weiter. Im Falle eines Lieferstopps von russischem Erdgas würde die Energielenkung aber notwendig. Neben der Reduktion des Verbrauchs wäre eine zusätzliche Aufbringung wesentlich, um die Versorgungskrise zu bewältigen und die Speicher im nächsten Jahr wieder auffüllen zu können. Daher ruft die Industriellenvereinigung bereits jetzt zu folgender Vorgangsweise auf: präventive Verbrauchsreduktion (z. B. durch Effizienz), die rasche Speicherung von Gas und die Diversifizierung von Lieferquellen wären ganz wichtig, um robuster zu werden. „Für den Energielenkungsfall kann es nicht nur den einen Plan geben. Die Reaktion ist abhängig von unterschiedlichsten Variablen zum Zeitpunkt des Eintritts und der Entwicklung dieser Variablen während der Dauer der Versorgungskrise“, weiß Unterkofler und erklärt weiter: „Die Vorbereitung erfolgt anhand von datenbasierten Szenarien. Die Szenarien erlauben im Fall des Falles eine schnelle Beurteilung der Situation und eine rasche Reaktion.“

WAS ES BRAUCHT, WENN'S KRISELT ...

Haben Sie schon einmal versucht, die Krisen der letzten 15 Jahre zu zählen? Flüchtlingskrise, Klimakrise, Ukraine Krise, Pflegekrise. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt der immer schneller auf uns einströmenden Krisen und Katastrophen in einer globalen Welt.

Viele Menschen sagen, dass sie sich die Nachrichten gar nicht mehr anschauen oder anhören wollten, weil das nur mehr depressiv mache. Als Caritasdirektor bin ich aus zwei Gründen in einer privilegierten Situation. Erstens: Die DNA der Caritas und vieler NGOs ist programmiert auf „Helfen und Not lindern“. So schlimm die Situation auch ist, im Fokus steht der Einsatz für Menschen. Wegschauen, Augen verschließen, sich zurückziehen hat da keinen Platz. Und zweitens: In jeder Krise nehmen wir als Caritas eine große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung wahr. In allen Krisen spüren wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft durch unzählige Freiwillige, die sich engagieren und für andere einsetzen.

Wenn es darauf ankommt, dann spüren wir hautnah, wie hoch der Grundwasserspiegel der Solidarität und Nächstenliebe in unserer Gesellschaft ist. Ohne diesen Einsatz könnte eine Gesellschaft nicht die gegenwärtigen und zukünftigen



Krisen bewältigen. Umso wichtiger ist es, Freiwillige für ihren Einsatz nicht nur zu bedanken, sondern noch bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Freiwilligenarbeit noch mehr gefördert und unterstützt wird. In Krisenzeiten braucht es mehr denn je eine resiliente und krisenfeste Gesellschaft, in der Werte wie Zusammenhalt und Nächstenliebe ganz großgeschrieben werden. So gesehen sind Krisen auch eine Chance. Nutzen wir sie!

Johannes Dines,
Direktor der Caritas Salzburg



HYPO
SALZBURG

VON EINER IMMOBILIE ZU MEINEM HAUS.

**DIE
UNIVERSALBANK
DER SALZBURGER*
INNEN**

hyposalzburg.at



Beim Volksschul- und Kindergartengebäude in St. Koloman wurde die Nutzfläche um 72% auf 3.100 m² erhöht.

Moderne Schulen zur Stärkung der Infrastruktur

Rund 2,5 Milliarden Euro hat die Bundesregierung für den österreichischen Schulbau zur Verfügung gestellt. Ein finanzieller Anreiz für die Errichtung, Sanierung und Erweiterung von zukunftsorientierten Gebäuden, die die Infrastruktur in den Kommunen stärken. Insgesamt rund 20 Schulgebäude wurden von der Salzburg Wohnbau-Unternehmensgruppe im Bundesland Salzburg bereits erfolgreich realisiert.

Volksschule und Kindergarten in St. Koloman erweitert

Das Volksschul- und Kindergartengebäude in St. Koloman wurde unter dem Baumanagement der Salzburg Wohnbau um 6,9 Millionen Euro saniert und erweitert. Nach den Plänen des Adneter Architekten Martin Lenglachner wurde der Turnhallentrakt neu errichtet, wobei die Turnhalle in das Kellergeschoß verlegt wurde. Dadurch gelang es, den Trakt um zwei Stockwerke zu erweitern und die Gesamtnutzfläche von 1.800 m² auf 3.100 m² zu erhöhen. Das Objekt wurde mit einer Pelletsheizung sowie einer Photovoltaikanlage ausgestattet und bietet nun ausreichend Platz für fünf Kindergartengruppen und sieben Volksschulklassen.

Moderne Volksschule für Anif

In Anif wird derzeit eine neue Volksschule mit Turnhalle nach den Plänen der Architekten Marian Gritsch und Ferdinand Haslwanter umgesetzt. Das Projekt punktet durch ein flexibles und nutzungsneutrales Raumkonzept. Die Lernlandschaft wird dabei durch ein großzügiges, überdachtes Freideck umspielt. Damit wird ein Lernen im grünen Klassenzimmer und der Zugang ins Freie für Kinder und Lehrer ermöglicht. Durch den Neubau der Volksschule werden Synergien für den Kindergarten, den Hort sowie die angrenzenden Sportanlagen und die zukünftige Krabbelgruppe am

Bildungsareal geschaffen. Energietechnisch wird die Volksschule in Zukunft alle Bauten auf dem Areal mit umweltfreundlicher Energie versorgen, die mittels Wärmepumpe in Kombination mit einer Photovoltaikanlage gewonnen wird.

Wals-Siezenheim bekommt Volksschule in Hybridbauweise

Ebenfalls eine neue Volksschule mit Turnhalle wird aktuell in Wals-Siezenheim auf einem ehemaligen Grundstück der Schwarzenbergkaserne gebaut. Realisiert wird das Objekt in Hybridbauweise nach den Plänen des Halleiner Architekturbüros Thalmeier ZT mit einer großzügigen Lernlandschaft mit Lerninseln und Terrassen, fließenden Raumübergängen, Freiflächen mit Bäumen und Naschgarten sowie ausreichend Platz für die Nachmittagsbetreuung. Teile des Schulgebäudes werden über Bauteilaktivierung im Sommer gekühlt. Dabei wird das Gebäude zum Energiespeicher. Die Energieversorgung erfolgt mittels Wasserwärmepumpe in Kombination mit einer Photovoltaikanlage.



Das Gebäude der neuen Volksschule Wals-Siezenheim wird zum Energiespeicher.



Anif: Großzügige Lernlandschaften mit lichtdurchfluteten Räumen.

TV-Beiträge zu abgeschlossenen Bauprojekten sehen Sie auf



www.salzburg-wohnbau.at/videos/

www.salzburg-wohnbau.at





Stadt, Land, Gemeinden, Feuerwehren und Rotes Kreuz im Dienst einer guten Sache, Bild: Rotes Kreuz

Salzburg hilft

Medizinische Güter, Lebensmittel und Babynahrung. Weiterer Rotkreuz-Hilfstransport für die Ukraine

Auch vier Monate nach Beginn der Kampfhandlungen in der Ukraine ist ein Ende nicht abzusehen, gleichzeitig spitzt sich der Bedarf an humanitärer Hilfe für die Bevölkerung immer weiter zu. Stadt und Land Salzburg, der Landesfeuerwehrverband Salzburg und das Rote Kreuz Salzburg haben daher einen weiteren Hilfstransport mit 71 Paletten organisiert, der bereits am 10. Mai in das kriegsgebeutelte Land fuhr.

Im vierten Hilfstransport des Roten Kreuzes, der gemeinsam mit Stadt, Land, Feuerwehrverband und Gemeindeverband durchgeführt wurde, wurden 37 Tonnen dringend benötigte medizinische Hilfsgüter, Babynahrung und haltbare Lebensmittel im Wert von 120.000 Euro in die Ukraine gebracht. 50.000 Euro finanzierte dabei das Land Salzburg, 30.000 Euro die Stadt Salzburg. Der Feuerwehrverband Salzburg beteiligte sich mit 40.000 Euro.

Not der Bevölkerung steigt dramatisch

„Die ukrainische Bevölkerung ist dringend auf Hilfe angewiesen“, erklärt Landesrettungskommandant Anton Holzer und führt aus: „Es fehlt nicht nur an Alltäglichem wie etwa Nahrungsmitteln, auch die medizinische Versorgung ist immer stärker eingeschränkt.“ Der zuletzt organisierte Hilfstransport bestand unter anderem aus sieben Paletten mit medizintechnischen Gütern, darunter auch EKG-Geräten und Defibrillatoren, Infusionsgeräten, Kanülen und Spritzen, aber auch Monitore, die dringend für Intensivpatienten benötigt werden. „Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, den Menschen in der Ukraine rasch und zielgerichtet mit lebensnotwendigen sowie medizinischen Gütern zu helfen. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für die große Hilfsbereitschaft und beim Roten Kreuz für die professionelle Abwicklung und Organisation der Transporte“, erklärte Landeshauptmann Wilfried Haslauer.

Haltbare Lebensmittel und Babynahrung

„Derzeit ist in der Ukraine alles knapp“, weiß auch Landesfeuerwehrkommandant Günter Trinker. „Wichtig ist auch die Versorgung im Alltag, vor allem für die Kleinsten. Neben haltbaren Lebensmitteln haben wir daher auch eine große Menge an Baby- und Kindernahrung zusammengestellt.“ 30 Paletten mit Baby- und Kindermilchpulver, unterschiedlichen Breisorten und Windeln wurden auf die beiden Sattelzüge geladen.

Gemeindeverband und Stadt beteiligen sich ebenfalls

Harald Preuner, Bürgermeister der Stadt Salzburg, sagte: „Es liegt in unserer Verantwortung, den Menschen zu helfen, die so dringend auf unsere Hilfe angewiesen sind. Auch der Stadt Salzburg war es ein wichtiges Anliegen, diesen Hilfstransport zu unterstützen.“ Gemeindeverbands-Präsident Günther Mitterer stimmte zu: „Das Gleiche gilt für die Gemeinden. Wir danken allen, die sich so großzügig an diesem Transport beteiligten, für ihre Unterstützung.“ Mit den 34 Paletten haltbarer Lebensmittel können etwa 5000 Menschen für rund zwei Wochen versorgt werden.

Hilfsgüter über 400.000 Euro

Der erste Rotkreuz-Hilfstransport am 10. März hatte 2100 Hygienepakete im Wert von rund 30.000 Euro ins polnische Niemce gebracht. Beim zweiten Hilfstransport am 1. April wurden 18 Tonnen haltbare Lebensmittel mit einem Warenwert von 40.000 Euro in ein Verteilzentrum des Ukrainischen Roten Kreuzes versendet. Ein dritter Transport im Wert von rund 220.000 Euro wurde am 14. April auf den Weg geschickt. Neben 68 Paletten haltbarer Lebensmittel wurden 204 Paletten Hygienepakete sowie Arzneimittel wie Medikamente, Narkosemittel und Desinfektionsmittel in die Ukraine transportiert. Eine Lkw-Ladung konnte dabei dank einer Spendenaktion von Schüler/innen an das Jugendrotkreuz finanziert werden.

DIGITAL VERWALTEN, ZUKUNFT GESTALTEN.



Als zuverlässiger Partner auf Augenhöhe begleiten wir Gemeinden auf ihrem Weg in die digitale Verwaltung. Heute und auch in Zukunft.

GEMEINSAM. DIGITAL. ERFOLGREICH.

kufgem.

SAVE THE DATE: KUNDENTREFFEN 2022

Merken Sie sich bereits jetzt den Termin für das Kufgem Kundentreffen 2022 vor. Die persönliche Einladung und das detaillierte Programm folgen im August 2022.

- **Wann?** 5. und 6. Oktober 2022
- **Wo?** Stadtsaal Kufstein
- **Was?** Spannende Vorträge und persönliche Gespräche zu aktuellen Themen rund um die digitale Verwaltung

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



Bild: Adobe Stock

191 Bürgermeister/innen bis 40 Jahre in Österreichs Gemeinden

Knapp ein Drittel mehr junge Bürgermeister/innen als im Vorjahr
Verjüngung der Kommunalpolitik ist ein Schlüssel für die Zukunft.

Österreichs Gemeinden werden immer jünger: 191 der insgesamt 2093 Bürgermeister/innen in Österreich sind 40 Jahre alt oder jünger. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Jungbürgermeister/innen um fast ein Drittel gestiegen. Im Mai 2021 waren es noch 149 Bürgermeister/innen bis 40.

Der jüngste Bürgermeister Österreichs ist der 25-jährige Fabio Halb aus Mühlgraben im Burgenland. Seine jüngste Amtskollegin ist Nicole Zehetner-Grasl aus Hofkirchen im Traunkreis (OÖ) mit 26 Jahren. Von den 191 jungen Bürgermeister/innen bis 40 sind zwölf Frauen. In 17 Gemeinden österreichweit ist die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister erst 30 Jahre alt oder jünger.

Dass jung nicht gleich unerfahren heißt, beweist der jüngste Ortschef Österreichs, Fabio Halb. Der 25-Jährige leitet seit fünf Jahren die Gemeinde Mühlgraben und stellt sich im Herbst bei den burgenländischen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen seiner ersten Wiederwahl. „Wenn man etwas verändern will, dann muss man sich auch engagieren – das geht in vielfältiger Form. Auch wer in einem Verein tätig ist, leistet einen Beitrag für die Gemeinschaft. Die kommunale Ebene lebt von diesem Engagement“, so der junge Ortschef.

Mit 20 Jahren wurde Halb 2017 zum jüngsten Bürgermeister Österreichs gewählt. Sich als junger Mensch in der Kommunalpolitik durchzusetzen sei nicht immer einfach, meint Halb. „Um sich in der Politik zu behaupten, muss man seinen eigenen Stil finden und dranbleiben. Gleichzeitig ist es in der

Kommunalpolitik wichtig, neue Ideen zuzulassen und nachhaltig zu denken, schließlich geht es um unsere Zukunft.“

Die jüngste Bürgermeisterin Österreichs, Nicole Zehetner-Grasl, ist seit Oktober 2021 im Amt. Ihr jüngster Amtskollege im Bundesland ist Fabian Grüneis aus Waizenkirchen mit 25 Jahren.

Die 26-jährige Oberösterreicherin (Hofkirchen im Traunkreis) möchte andere junge Menschen für die Kommunalpolitik begeistern: „Traut’s euch, auch wenn euch Steine in den Weg gelegt werden. Mit etwas Mut kann man aber weiterlaufen. Man kann nur mitgestalten, wenn man selbst aktiv wird. In der Heimatgemeinde etwas vorantreiben funktioniert am besten, wenn man ein politisches Amt einnimmt – ob in einem Ausschuss, im Gemeinderat oder an der Spitze als Bürgermeisterin. Viele junge Menschen wollen gehört werden, aber jeder und jede ist des eigenen Glückes Schmied“, so Zehetner-Grasl.

Die meisten jungen Bürgermeister/innen gibt es in Oberösterreich. Dort sind 53 der 438 Bürgermeister/innen (12 Prozent) 40 Jahre alt oder jünger.

Die zweitmeisten jungen Bürgermeister/innen gibt es in Tirol, anteilmäßig liegt hier der Prozentsatz der jungen Amtsinhaber/innen mit 14 Prozent (39 von 277) noch höher als in Oberösterreich. Im Vorjahr gab es in Tirol nur 18 Ortschefs bzw. Ortschefinnen bis 40 Jahre. Der 26-jährige René Schwaiger aus Westendorf ist der jüngste. Die jüngste Bürgermeisterin Tirols ist mit 31 Jahren Victoria Weber aus Schwaz.

Niederösterreich hat 37 junge Bürgermeister/innen bis 40 Jahre. Das entspricht einem Anteil von 6,5 Prozent (von insgesamt 573). Die jüngste Bürgermeisterin Niederösterreichs ist Bernadette Geieregger aus Kaltenleutgeben (29 Jahre). Der jüngste niederösterreichische Ortschef ist der 27-jährige Stefan Klammer aus Neidling.

Relativ hoch liegt der Anteil der Bürgermeister/innen bis 40 Jahre in Vorarlberg – bei 9,4 Prozent (neun von 96). Mit 29 Jahren ist der Bludenzer Ortschef Simon Tschann der jüngste im Ländle. Eine Bürgermeisterin unter 40 Jahren gibt es in Vorarlberg nicht.

Im Burgenland werden mit 15 von 171 ganze 8,8 Prozent der Gemeinden von jungen Bürgermeister:innen geführt. Der österreichweit jüngste Ortschef Fabio Halb (Mühlgraben, 25 Jahre) ist hier beheimatet.

Zehn von 119 Salzburger Ortschefs und Ortschefinnen sind 40 Jahre oder jünger (8,4 Prozent) – der jüngste ist Florian Juritsch aus Unken mit 31 Jahren. Neun von 132 Kärntner Gemeinden (6,8 Prozent) haben eine/n Ortschef/in bis 40 Jahre. Die jüngste Kärntner Bürgermeisterin ist Andrea Feichtinger aus Kappel am Krappfeld mit 33 Jahren. Preitenegg stellt den jüngsten

Bürgermeister in Kärnten, den 35-jährigen Thomas Seelaus.

Der jüngste Steirer heißt Matthias Hitl aus Kainbach bei Graz (28 Jahre), seine jüngste Amtskollegin ist Andrea Kohl aus Bad Blumau (30 Jahre). In der Steiermark beträgt der Anteil an Bürgermeister/innen bis 40 Jahre 6,6 Prozent (19 von 286).

Von 29. bis 30. September 2022 findet in Wien das erste österreichische Netzwerktreffen für Jungbürgermeister/innen bis 40 Jahre statt.

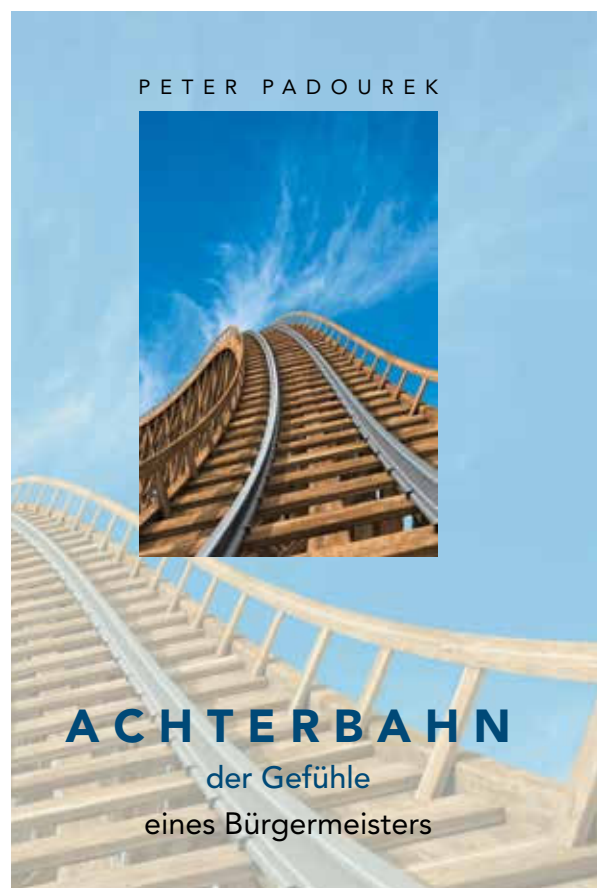
Der Österreichische Gemeindebund unterstützt damit die Vernetzung und den fachlichen sowie Erfahrungsaustausch junger Amtsträger/innen.

Info Box

Der deutliche Anstieg der Zahl an Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern unter 40 Jahren unterstreicht, dass sich trotz der hohen Anforderungen junge Menschen für diese Aufgabe begeistern lassen.

ACHTERBAHN DER GEFÜHLE EINES BÜRGERMEISTERS

von Bgm. a. D. PETER PADOUREK, M. A.



Zutiefst persönliche Einblicke in das politische Leben eines Bürgermeisters schenkt uns der Autor Peter Padourek. In seinem Buch beschreibt er seinen politischen Werdegang, wichtige politische Weggabelungen, entscheidende Situationen und prägende Erinnerungen.

- Dieses Buch versucht den Beruf des Bürgermeisters darzustellen und den interessierten Bürgern und Lesern näherzubringen.
- Dieses Buch soll auch die Arbeit von Bürgermeistern/Kommunalpolitikern praktisch erklären und die überzogenen Erwartungshaltungen aufzeigen.
- Das Buch soll auch aufzeigen, dass Parteien spezielle soziale Gebilde mit eigenen Regeln und Anforderungen sind.

Mein Buch ist keine Abrechnung, sondern bildet den Abschluss einer sehr interessanten, intensiven und prägenden Lebensphase“, so der Autor.

„Achterbahn der Gefühle eines Bürgermeisters“ ist im Eigenverlag erschienen,

Verkaufspreis: EUR 24,90

Erhältlich über den örtlichen Buchhandel oder den

Autor: www.padourek.at bzw. Email: peter@padourek.at.

entgeltliche Einschaltung



Bild: Adobe Stock

Boom bei Volksbegehren: Wen kümmern die Gemeinden?

Es ist unbestritten: Volksbegehren gehören neben Volksabstimmungen, Volksbefragungen und natürlich Wahlen zu den wichtigsten Instrumenten der direkten Demokratie und bieten den zum Nationalrat Wahlberechtigten die Möglichkeiten der unmittelbaren Mitwirkung an der staatlichen Willensbildung. Dass das Jahr 2022 ein „Rekordjahr der Volksbegehren“ wird, zeichnet sich deutlich ab – heuer gibt es bereits doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. Allein in der ersten Juniwoche 2022 wurden sieben neue Volksbegehren angemeldet. Tatsächlich massiv gestiegen ist die Zahl aber bereits seit 2018.

Die verfassungsrechtliche Grundlage für Volksbegehren findet sich in Art. 41 Abs. 2 B-VG. Die näheren Bestimmungen über das Verfahren für das Volksbegehren wurden im Volksbegehrensgesetz 2018 festgelegt, dort ist auch die elektronische Unterstützung eines Volksbegehrens durch die Stimmberechtigten mittels qualifizierter elektronischer Signatur vorgesehen (§ 5 Abs. 1 Zif. 1 Volksbegehrensgesetz 2018). Diese Möglichkeit sowie weitere Erleichterungen für die Einleitung und die Eintragung (Zulässigkeit der Eintragung auch außerhalb der eigenen Hauptwohnsitzgemeinde), haben – neben dem Thema Covid – zu dem aktuellen Boom maßgeblich beigetragen.

Die Schattenseite dieser Entwicklung ist der massiv gestiegene personelle Aufwand in den Gemeinden. Angesichts der seit 2018 bestehenden zusätzlichen technischen Möglichkeiten der Unterstützung ist die Frage einer Verwaltungsentlastung auf Gemeindeebene in diesem Bereich aktueller denn je.

Oft sitzen vor allem in Gemeinden kleiner oder mittlerer Größe die Mitarbeiter/innen stundenlang in den Eintragungslokalen, ohne einen einzigen Stimmberechtigten zu Gesicht zu bekommen.

Immerhin sind die Eintragungslokale an Werktagen zumindest von 8.00 bis 16.00 Uhr, an zwei Werktagen zusätzlich bis 20.00 Uhr und an Samstagen zumindest von 8.00 bis 12.00 Uhr offen zu halten. Das Verhältnis zwischen den erforderlichen Über- und Mehrstunden und dem tatsächlichen Interesse an der Nutzung dieser Abend- und Samstagsstunden durch die Bevölkerung ist wenig stimmig. Dass in Gemeinden mit weniger als 2500 Einwohnern an den Samstagen die Eintragszeit auf zwei aufeinanderfolgende Stunden verkürzt werden kann, ist nicht mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.

Die dünne Personaldecke in vielen Gemeinden – durch COVID-19 mit all seinen Folgewirkungen zusätzlich belastet – hat nicht nur einmal dazu geführt, dass die Eintragungslokale nur mit Mühe und Not personell besetzt werden konnten. Fälle in denen mangels verfügbarer Mitarbeiterinnen sogar Bürgermeisterinnen und Bürgermeister am Abend und am Wochenende alleine am Gemeindeamt die Stellung hielten, gibt es in fast jedem Bundesland.

Eine Harmonisierung der Eintragszeiten von Volksbegehren mit den Amtsstunden der Gemeinden bzw. die Streichung der Abend- und Samstagsaufgabe würde eine deutliche Entlastung der Gemeindeverwaltungen darstellen.

Die ergänzend seit 2018 geschaffenen elektronischen Unterstützungsmöglichkeiten sichern darüber hinaus eine unbürokratische, verwaltungsentlastende „24/7-Möglichkeit“ für eine demokratische Mitbestimmung.

Aber offenkundig gilt auch im Zeitalter der digitalen Möglichkeiten: Wen kümmern die Gemeinden?



Bild: Adobe Stock

Gemeindebund/Städtebund: Gemeinden und Städte unterstützen ukrainische Kommunen

Österreichs Städte und Gemeinden wollen Partnerschaften mit ukrainischen Kommunen vertiefen – Hilfe mit kommunalen Geräten und Fahrzeugen

In einem gemeinsamen Schreiben an die Bürgermeister/innen danken Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und Städtebund-Präsident Michael Ludwig den österreichischen Kommunen für ihre große Hilfsbereitschaft seit Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine und wollen die Bürgermeister/innen motivieren, die ukrainischen Gemeinden auch mit kommunalen Geräten und Fahrzeugen zu unterstützen. Gleichzeitig wollen die beiden kommunalen Spitzenverbände die österreichischen Gemeindevertreter/innen für die Zeit nach dem Krieg auf Gemeinde- und Städtepartnerschaften vorbereiten. „Die Städte und Gemeinden haben in den letzten Wochen und Monaten ihre große Solidarität mit den Menschen aus der Ukraine unter Beweis gestellt und wieder einmal gezeigt, dass sie in Krisensituationen schnell und unbürokratisch helfen können. Ob bei der Bereitstellung von Hilfsgütern, bei der Unterbringung geflüchteter Menschen oder bei der Integration dieser im Gemeindeleben, die Städte und Gemeinden haben Großartiges geleistet. Dafür sprechen wir allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern unseren Dank aus. Die Menschen in der Ukraine und auch die Städte und Gemeinden benötigen weiterhin unsere Hilfe“, betont Städtebund-Präsident Bürgermeister Michael Ludwig.

Konkret sollen die österreichischen Städte und Gemeinden – wenn möglich – den ukrainischen Kommunen nicht mehr benötigte Gerätschaften und Fahrzeuge aus dem kommunalen Fundus zur Verfügung stellen, die bei den Aufräumarbeiten in den zerstörten Gebieten helfen sollen. Als Unterstützung beim Wiederaufbau soll auch die interkommunale Zusammenarbeit

mit ukrainischen Städten und Gemeinden vertieft werden. Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl: „Gemeinden aus ganz Europa haben in den vergangenen Wochen herausragende Aktionen auf die Beine gestellt und damit ihre Solidarität mit den ukrainischen Städten und Gemeinden bekundet. Mit der vertieften Zusammenarbeit in Form von Städtepartnerschaften verpflichten sich die österreichischen Städte und Gemeinden dem europäischen Zusammenhalt und der Unterstützung beim Wiederaufbau der Ukraine. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Städtepartnerschaften Menschen und Regionen zusammenführen. Unsere Städte und Gemeinden können und wollen damit zu Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Ukraine beitragen. Schlussendlich sind die Kommunen die Keimzellen der Demokratie und damit der Nährboden von Freiheit und Frieden auf dem europäischen Kontinent.“

Bei den Städte- und Gemeindepartnerschaften steht neben der Solidarität mit den ukrainischen Städten und Gemeinden vor allem der Austausch von Know-how österreichischer Unternehmen und Hilfsorganisationen im Vordergrund.

Info Box

Bei der Wiederherstellung der in der Ukraine zerstörten Infrastruktur setzt die internationale Gemeinschaft auch stark auf die örtliche Ebene, wo nicht nur die Betroffenheit, sondern auch das Know-how und die Bereitschaft zur Hilfe besonders hoch sind.

EUREGIO-News

Einstieg in die Umsetzung der EUREGIO-Grenzraumstrategie

Rund 70 Gäste begrüßte EUREGIO-Präsident Norbert Meindl (Bürgermeister Lofer) am 10.05.22 in St. Koloman im Turn- bzw. Multifunktionssaal der neu errichteten Volksschule mit dem dortigen Bürgermeister Herbert Walkner zur 50. Sitzung des EUREGIO-Rates. Bürgermeister Herbert Walkner stellte die Besonderheiten der Gemeinde St. Koloman „in der Taugl“ vor, bevor EUREGIO-Geschäftsführer Steffen Rubach den Geschäftsbericht und den Jahresabschluss 2021 erläuterte. Anschließend sprach der EUREGIO-Rat dem Präsidium und der Geschäftsführung die Entlastung aus. „Wos ois geht, wenn goa nix geht“ lautete der neugierig machende Titel eines Kurzvortrags, mit dem die Bildungskoorordinatorin der Bildungsregion Berchtesgadener Land, Julia Aschauer, einen wichtigen Motivationsimpuls, auch für die Umsetzung der EUREGIO-Strategie, beisteuerte.

Im Mittelpunkt dieser Jubiläumssitzung stand der Einstieg in die Umsetzung der EUREGIO-Grenzraumstrategie aus Sicht der Kommunen. Mit ihr in Verbindung steht das Förderprogramm INTERREG VI A Bayern/Österreich 2021–2027. Markus Gneiß, Leiter der Programmverwaltungsbehörde des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung in Linz, stellte das Programm in seinen Grundzügen vor. Förderfähige Projekte müssen die Themenbereiche „Zukunftsfähige Wirtschaft“, „Resiliente Umwelt“, „Nachhaltiger Tourismus“ oder „Grenz-überschreitende Governance (Abbau von Grenzhindernissen)“ betreffen. Wichtig ist, dass sich der Nutzen der Projekte im Programmraum entfaltet. Das Programm hat für den gesamten Zeitraum 2021–2027 ein Budget von 61,5 Mill. Euro, ein deutliches Plus von ca. 7 Mill. Euro gegenüber der vorausgegangenen Förderperiode, und der Fördersatz beträgt max. 75 %.

In enger Verknüpfung mit dem Themenbereich „Integrierte Regionalentwicklung“ im neuen Förderprogramm steht die EUREGIO-Grenzraumstrategie. Die EUREGIO erhält hierzu eigene Fördermittel aus dem Programm, die sie eigenständig für Projekte bis 100.000 Euro in den drei Schwerpunkten ihrer Strategie vergeben kann.

EUREGIO-Geschäftsführer Steffen Rubach erläuterte dazu die Struktur der Grenzraumstrategie mit den Themenschwerpunkten Klimaneutralität, Stärkung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsstandorts und vernetzter, nachhaltiger Tourismus. Gemeinsam mit den Gemeinden wurden in der Ratssitzung insbesondere kommunalrelevante Handlungsansätze in den Schwerpunkten Klimaneutralität und Tourismus diskutiert. Wichtige Handlungsfelder in grenzüberschreitender Hinsicht sollen demnach das Flächenmanagement, die Ortskern- und Siedlungsentwicklung sowie die Nachnutzung landwirtschaftlicher Leerstände, ein EUREGIO-Verkehrsverbund, Mobilitäts- und Pendlererhebungen, neue Rad- und Fußgängerbrücken über Saalach und Salzach sowie eine neue Salzachbrücke

(Straße) zwischen Salzburg/Freilassing und Laufen/Oberndorf sein. Besondere Dringlichkeit wurde grenzüberschreitend abgestimmten Maßnahmen zur Lenkung des überörtlichen Lkw-Transitverkehrs beigemessen. Aus touristischer Sicht sollen ein virtueller Themenrundweg „Lebensraum Salzachschleife“ sowie eine Weiterentwicklung des Staubfalls zwischen Unken und Ruhpolding und der Buslinie Waging am See–Salzburg angegangen werden. Nicht zuletzt wurden grenzübergreifende Museumskooperationen bis hin zu einem Museumsverbund im EUREGIO-Raum als dringlich eingestuft. Für die Gemeinden und ihre lokalen Akteure wie etwa Schulen und Vereine kann das neue Instrument der sogenannten „Begegnungsprojekte“ („people to people“) eine interessante Möglichkeit für den Aufbau und die Pflege grenzüberschreitender Beziehungen sein.

Für eine weitere Projektentwicklung und Förderberatung zu INTERREG steht den Projektakteuren aus dem gesamten bayerisch-salzburgischen Grenzraum die EUREGIO-Geschäftsstelle in Freilassing zur Verfügung (+49/ (0)8654/772108; office@euregio-salzburg.eu). EUREGIO-Vizepräsident Landrat Bernhard Kern (Berchtesgadener Land) informierte zudem, dass mit Verkehrslandesrat Stefan Schnöll ein erstes EUREGIO-Verkehrsgespräch für Anfang Juni 2022 anberaumt sei. Mit allen Gemeinden entlang der Saalach und Salzach – ob auf österreichischer oder bayerischer Seite, von Burghausen bis Unken – sollen die als „Grenzhindernisse“ zu bezeichnenden Entwicklungen wie etwa Lkw-Sperren oder Blockabfertigungen im guten und verständnisvollen Dialog beraten werden.



EUREGIO-Präsident Norbert Meindl (3. v. r.) und Vizepräsident Bernhard Kern (li.) nach der EUREGIO-Ratssitzung in St. Koloman mit dem Team der EUREGIO-Geschäftsstelle (v. li.) Sabine Schild, Stefanie Thim, Andrea Folie und Geschäftsführer Steffen Rubach. Bild: EUREGIO

Diktatur, Kommunismus oder doch lieber Demokratie?

Im Mai ist Europatag und der Tag, an dem die Gründung und Einheit der Europäischen Union gefeiert wird. Aus diesem Anlass trafen sich über 100 Jugendliche aus Salzburg und Bayern für



Die Sprecher der Salzburger und bayerischen Jugendlichen der blauen Gruppe präsentieren die Regeln ihres Staates. Bild: EUREGIO

das interaktive Planspiel „Newland“ im Loksuppen Freilassing. „Newland“ ergänzt den theoretischen Unterricht für politische Bildung. Die Schüler/innen können dabei in einem vereinfachten Modell in einem geschützten Rahmen experimentieren, Meinungen bilden und beeinflussen, Verantwortung und Macht übernehmen oder abgeben, Mehrheiten finden, abweichende Meinungen erleben und tolerieren lernen und Rollen finden, in denen sie ihre Gemeinschaft mitgestalten. Die Schüler/innen schlossen sich zu sechs verschiedenen „Nationen“ zusammen und bekamen „Gebiete“ zugewiesen. In sechs Runden wurde dann eine Staatsgründung durchgespielt. Die Teilnehmer/innen mussten Flaggen entwerfen, Hymnen schreiben und sich Gesetze bzw. Regeln geben. Durch Austesten und Abbildung werden den Jugendlichen so Entscheidungsprozesse und politische Abläufe nähergebracht.

Sind wir gemeinsam stark und können wir etwas bewegen? Wer trifft die Entscheidungen? Diese Fragen stellt sich auch Ajla von der HASCH 1 in Salzburg: „Gerechtigkeit ist mir wichtig und dass jeder mit Respekt behandelt wird.“ Lara, ihre Schulkollegin, ergänzt: „Alle gleich zu behandeln ist auch nicht gerecht, vor allem dann nicht, wenn man schwächer oder schüchtern ist. Manche in unserer Gruppe brauchen ein wenig mehr Zeit, um sich einzubringen. Das ist auch okay so.“ Für Jugendlandesrätin Andrea Klambauer und Landrat Bernhard Kern ist klar: „Das ist

gelebte politische Bildung, die Spaß macht. Die Jugendlichen sind mit viel Engagement und Einsatz dabei und erleben und erarbeiten, was Demokratie bedeutet.“ Gemeinsam werden Gesetze und Regeln für ein zukünftiges Zusammenleben beschlossen. Ganz oben auf der Liste: Meinungsfreiheit, Respekt und Teamwork. Drei Forderungen, die man auch im politischen Alltag nicht oft genug wiederholen kann.

Das Projekt Newland wird unterstützt durch das europäische Förderprogramm INTERREG Bayern–Österreich, Projektpartner/innen sind das Landratsamt Traunstein, das Kinder- und Jugendbüro Freilassing, akzente Salzburg und die EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land - Traunstein.

Mozart-Radweg ausgezeichnet



Bild: SalzburgerLand Markus Berger

Die Leser/innen des „Bike&Travel Magazin“ haben abgestimmt – mehr als 10.000 Stimmen wurden ausgezählt. Die Radreise auf dem Mozart-Radweg hat beim Leser-Voting zum Bike&Travel Award „Die beliebtesten Alpen-Touren 2022“ erfreulicherweise den 2. Platz erreicht. Der Mozart-Radweg führt auf 450 Kilometern auf den Spuren Mozarts durch die wunderschöne Landschaft des SalzburgerLandes, Bayerns und Tirols. Im Zuge eines EUREGIO-Projekts wurde der Mozart-Radweg bereits 2003 mithilfe der Europäischen Union über das Förderprogramm INTERREG eingerichtet.



Kofinanziert von der Europäischen Union

Buchtipp

Berka

Verfassungsrecht

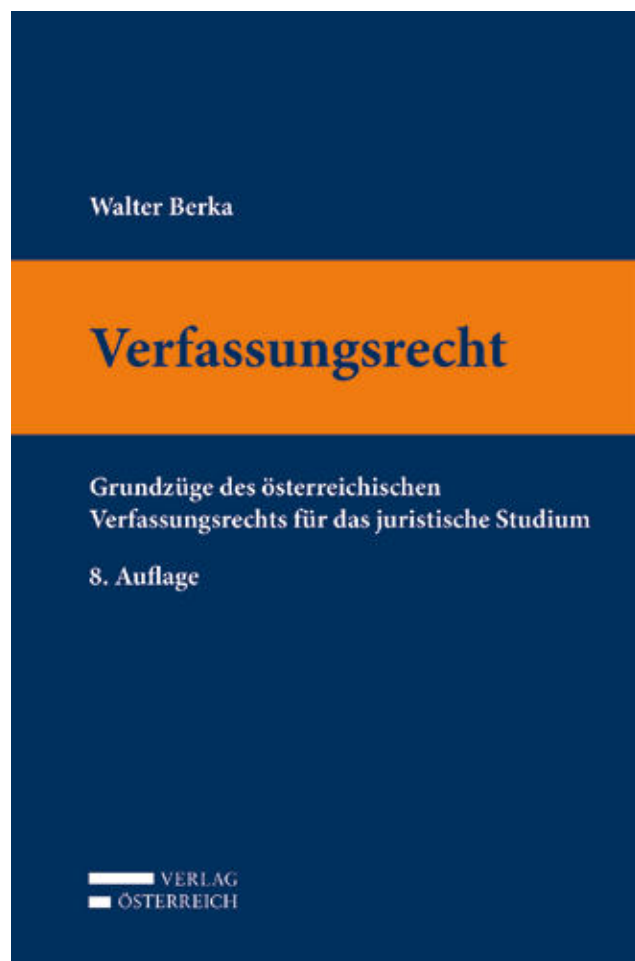


Bild: VERLAG ÖSTERREICH

Grundzüge des österreichischen Verfassungsrechts für das juristische Studium

Lehrbuch für Fortgeschrittene

Inklusive aller Verfassungsänderungen seit 2018 und der aktuellen Judikatur. Das beliebte Lehrbuch zum österreichischen Verfassungsrecht erscheint in der 8. Auflage mit dem Stand der aktuellen Rechtslage vom Jänner 2021. Neben allen Verfassungsänderungen seit dem Jahr 2018 wurde in die Neuauflage auch die sich dynamisch entwickelnde Rechtsprechung der Höchstgerichte eingearbeitet, wobei der Entwicklung der Grundrechtsjudikatur besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die staatsrechtlichen Konsequenzen der Ibiza-Affäre werden ebenso berücksichtigt wie die Folgen der Corona-Pandemie für die Demokratie und die Freiheitsrechte der Menschen.

Im Zentrum des Lehrbuchs stehen wie immer die Grundzüge des Staatsorganisationsrechts, die Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit, die Grundfreiheiten und Menschenrechte und somit all jene Regelungen, in denen der demokratische Verfassungsstaat Gestalt gewinnt.

Viele Beispiele und Hinweise auf aktuelle Entscheidungen des VfGH erleichtern ein vertieftes Verständnis des österreichischen Verfassungsrechts, etwa die Entscheidungen zur Organisationsreform der Sozialversicherung, zur Sterbehilfe oder zum Kopftuchverbot.

Info Box

Walter Berka (Autor)
Verfassungsrecht
 8. Auflage
 665 Seiten, broschiert
 ISBN 978-3-7046-8695-4 (Print)
 Erscheinungsdatum: 4. Mai 2021
 56,00 € inkl. MwSt
 zzgl Versandkosten. Auf Lager.
 Versanddauer 3–6 Werktage



Salzburger
Gemeindeverband

